

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 11.

Berlin, den 26. November 1916.

11. Jahrgang.

Parteigenossen und Parteigenossinnen Groß-Berlins!

Erlahmt nicht im Kampfe für Eure schmählich geraubten Rechte!

Mit allen Mitteln der Täuschung und der Gewalt hält der Parteivorstand Euer Blatt, den „Vorwärts“, in seinen Fäusten. In der neuesten Klubgründung eines Eugen Ernst hat er sich eine willfähige Schutztruppe geschaffen, die Euren Organisationen in den Rücken fallen und beim Raube Eurer Rechte und Eures Eigentums mithelfen will. Im Hintergrunde aber stehen als Drahtzieher und Spießgesellen die Gewerkschaftsdespoten, die mit den Geldmitteln der Gewerkschaften den im Müller-Vorwärts inszenierten Bauernfang unter den unaufgeklärten Arbeitern und Frauen unterstützen.

Im Kampf gegen solche Gewaltpolitiker und Demagogen darf es um Eurer Parteihre und um der Befundung und der Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung willen kein Nachlassen geben.

Sorgt daher für immer umfassendere Durchführung der Beschlüsse der Berliner Verbandsgeneralversammlung vom 29. Oktober.

Sorgt für die ständige Verbreitung dieses Eures Mitteilungsblattes unter allen unseren Mitgliedern.

Sorgt für Aufklärung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, zeigt ihnen das wahre Gesicht der falschen Propheten, die durch ihren Gewaltstreich gegen den „Vorwärts“ alle Grundsätze der Arbeiterbewegung verleugnet haben und jetzt in diesem zum Vorstandslakaien gewordenen Blatte ein unehrlich Spiel treiben.

Zäher, unerbittlicher Kampf gegen das Euch angetane Unrecht — das muß Eure Losung sein!

Friedensengel Scheidemann.

Siebenundzwanzig Monate lang hat Philipp Scheidemann alle die Parteigenossen, die für eine entschiedene, allen Anforderungen gerecht werdende und zu aller Zeit mit grundsätzlicher Energie vorwärtsdrängende Friedensarbeit der Sozialdemokratie eingetreten sind, mit Hohn und Spott verfolgt. Er war der Führer der Meute, die während der ganzen Kriegsdauer gegen die Minoritätsanschauungen losgeklafft hat. Siebenundzwanzig Monate lang war Scheidemanns und seines Kamulus und Einbläfers Stampfer Stellung zur Friedensfrage auf folgenden Grundsätzen (wir zitieren wörtlich) aufgebaut:

„Jede Kundgebung der Friedensbereitschaft wird gedeutet als Zeichen der Schwäche. . . . Deshalb bleibt uns gar nichts weiter übrig: wir müssen durchhalten.“ Und in jener berühmten Proklamation Scheidemanns an seine Wähler Neujahr 1915 heißt es: „. . . Ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis

zum Siege! . . . Möge uns das neue Jahr baldigen Sieg und dauernden Frieden bringen.“

Stampfer schrieb: „Die Fraktion mußte wissen, daß es jetzt ausschließlich um Krieg und Sieg geht. . . . Wenn der Krieg da ist, kommt der Friede nur durch Sieg oder Niederlage.“

Auf diesen Ton war alles gestimmt, was im Laufe der Kriegszeit von den Mehrheitsrednern und Schreibern verkündet worden ist. Bände kann man mit derartigen Kriegs- und Siegestiraden füllen, die unter dem Einflusse der Kriegspyhose niedergeschrieben worden sind. Dabei waren und sind die Durchhalteapostel in der glücklichen Lage, daß ihren Darlegungen keine gründliche, die Dinge in ihrem ganzen Umfange beleuchtende Kritik von entschieden sozialdemokratischem Standpunkte aus entgegengesetzt werden konnte und kann. Die Scheidemannier sitzen ja in dieser Zeit bei der Vertretung ihrer Anschauungen in sicherem Port. Mit dem Lobe, das im Laufe der Kriegszeit von den bürgerlichen Parteien und Zeitungen

Montag, 27. November: Leseabend in Groß-Berlin.

aller Richtungen über sie ausgeschüttet worden ist, könnte man gleichfalls Bände füllen. Sie waren sich des Wohlwollens aller bürgerlichen Schichten und mancher Regierungsstellen um so sicherer, je mehr sie das Vertrauen in immer größer werdenden Kreisen des Proletariats verloren.

Heute hört man auf einmal andere Klänge aus dem Munde eines Scheidemann, Stampfer usw. Heute produzieren sich diese Ehrenmänner in dem zum Vorstandsreptil degradierten „Vorwärts“ als die einzig wahren und patentierten Verfechter des Friedens. Heute blasen sie die Schalmeyen, die sie früher mit den Klängen ihrer Durchhalteposaunen in Grund und Boden gedonnert haben. Kein Wunder, wenn sie jetzt innerhalb und außerhalb der Partei nicht mehr ernst genommen werden. In Wirklichkeit ist die „neuorientierte“ Friedenspolitik, die jetzt von Scheidemann, Stampfer usw. in dem Müller-Papier zum besten gegeben wird, nur auf Bauer n f a n g berechnet, ist dazu bestimmt, den Arbeitern vorzutauschen, es gäbe keine besseren und energischeren Anwälte des Friedens als die Scheidemannner.

Nur einige Beispiele für die Wandlungsfähigkeit dieser Herren:

Da wird im Vorstands-„Vorwärts“ dem englischen Premierminister Asquith und allen Staatsmännern Europas ein Küffel erteilt, weil sich alle für den Frieden aussprechen, — „aber nur wenn.....“ Als ob die Scheidemannner in ihrer pharisäischen Friedenspolitik nicht auch Tausende von Wenn und von Aber gehabt hätten.

Den eingangs erwähnten Kriegs- und Siegsgrundsätzen Scheidemanns und Stampfers stelle man aber folgende Sätze gegenüber, die dieser Tage im Vorstands-„Vorwärts“ zu lesen waren:

„Im Kampfe gegen eine ungeheure Uebermacht ist Behauptung Sieg, ist Selbsterhaltung Sieg.“

Und Scheidemann schreibt: „Wann ist diese Sicherheit erreicht? Wenn alle Völker sich verblutet haben? Gibt es wirklich noch einen so kurzfristigen Menschen, der in der Einbildung lebt, der einen Mächtegruppe werde es doch gelingen, die andere so vernichtend zu schlagen, daß ihr der Frieden diktiert und dadurch die Sicherheit gegen eine Wiederholung des Krieges geschaffen werden kann?“

Es ist kein schlechter Witz, lieber Leser, diese Worte sind wirklich von einem Philipp Scheidemann niedergeschrieben und in die Welt hinausgeschickt worden. Derselben Scheidemann, der auf alle die, die ähnliche Gedanken schon seit vielen Monaten geäußert haben, unter Mithilfe seiner Knüppelgarde wütend losgeprügelt hat. Jetzt kann er auf einmal anders, denn Philipp Scheidemann weiß ganz genau, daß mit seinen eingangs erwähnten Grundsätzen keine politischen Geschäfte mehr zu machen sind. Wenn ein Philipp

Scheidemann und so manche Größe mit ihm nicht im leichtesten Gewässer rein parlamentarischer Geschäftshuberei herumplätscherte, wenn er die furchtbare Menschheitstragödie nicht bloß vom Standpunkte kleinlicher Mandatsinteressen betrachtete, wenn er als genialer „Realpolitiker“ nicht alle marxistische Theorie hohnlachend zum alten Gerümpel geworfen hätte, dann hätte ihm als sozialdemokratischen Führer, der sich seiner Verantwortung vor der Partei und vor den Aufgaben des Sozialismus bewußt gewesen wäre, schon lange die von ihm jetzt als funkelneue Weisheit gepriesene Erkenntnis aufdämmern müssen. Dann hätte er als führender Politiker, geschult durch die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus die einzelnen Kriegsphasen nach ihrer strategischen und militärpolitischen Bedeutung und in Zusammenhang damit in ihrer Wirkung auf die äußere und innere Politik, sowie auf das Wirtschafts- und soziale Leben studieren müssen. Dann wäre er schon viel früher zu den Schlußfolgerungen gekommen, die er heute aus nur zu durchsichtigen demagogischen Gründen als allerneuesten Ausfluß seines politischen Genies den Arbeitern verkündet.

Genau so doppelzünftig und demagogisch wie in der Friedensfrage ist die Haltung der Scheidemannner in der Kriegsziel- und Annexionsfrage. Derselbe Scheidemann, der alle die Genossen „politische Kindsköpfe“ nannte, die nicht wie er die „Berrückung von Grenzsteinen“ als ein selbstverständliches Kriegsziel anerkennen wollten, derselbe Scheidemann, der das weitgehende Annexionsbekenntnis eines Konrad Hänisch, eines Lensch usw. unter seine schützenden Fittiche nahm, derselbe Mann stellt sich jetzt hin und tut so, als ob es niemals einen entschiedeneren Annexionsgegner gegeben habe als ihn. Dabei hat man niemals von ihm gehört, daß er irgendwie gegen die von den Sozialimperialisten aufgestellte Forderung nach „notwendigen Grenzsicherungen“ bekämpft habe. Jetzt auf einmal verkündet er den Grundsatz: Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch bleiben! Ueber die Gestaltung der Dinge im Osten, über das neugebaute Königreich Polen usw. freilich schweigen sich die Scheidemannner aus.

Zur Anehrllichkeit in der Annexionsfrage gesellt sich aber bei Scheidemann eine die ganze Sozialdemokratie kompromittierende Würdelosigkeit. Wie ein zudringlicher Bettler läuft er hinter dem Reichskanzler her und fleht ihn an, er möge sich doch um Gottes und aller Heiligen willen zur scheidemannlichen Auffassung über die Kriegsziele bekennen. Anstatt eine klare, selbstbewußte sozialdemokratische Friedenspolitik zu verfechten, will er die Politik des Reichskanzlers, die ihrem ganzen Wesen nach unsozialistisch sein muß, an seinen Wagen spannen. Dabei läßt sich der stolze Scheidemann durch keine Abschüttelung irre

machen, immer von neuem winselt er den Reichskanzler an, er möge doch endlich bestätigen, daß des genialen Scheidemann Kriegsziele auch die seinen seien. Und das den Berliner Parteigenossen geraubte Blatt muß der Mittler dieses Geslennes sein.

Wie ein solches unehrliches und würdeloses Getue der Scheidemänner auf das Ausland wirken muß, wie dadurch die Sache des Friedens wie das Ansehen der Sozialdemokratie dort in gleicher Weise geschädigt werden muß, das im einzelnen nachzuweisen, ist zurzeit nicht möglich. Geschenkt werden soll den Scheidemännern aber auch diese Abrechnung nicht.

Jetzt jammert Scheidemann im Vorstandes-„Vorwärts“ mit seinen dort tätigen journalistischen Schildknappen über die Schlechtigkeit der Welt. Die armen Anschuldsstämmer sind ganz untröstlich darüber, daß ihre neueste Schwelung in der Friedens- und Kriegszielfrage nicht allein von Graf Reventlow, den Alldeutschen und Konservativen nach allen Regeln der Kunst vermöbelt wird, daß ihnen sogar die nationalliberale „Kölnische Zeitung“, die oft als Sprachrohr der Regierung dient, unter der vielagenden Ueberschrift „Unwürdige Mißbeutung“ Herrn Scheidemann eine Anzahl wohlverdienter Rippenstöße versetzt, die für diese Sorte diplomatischer Sozialdemokraten um so schmerzlicher sind, als der so heiß umworbene Reichskanzler dieser Abschüttelung sicher nicht fernsteht.

Hätten die Scheidemänner sich schon früher zu einer entschieden sozialdemokratischen Politik bekannt, so hätten sie sich schon früher gleich der Minderheit den Haß derer um Reventlow zugezogen. Das hätte ihnen aber nur das Rückgrat steifen müssen. Sie hätten sich vor der Partei aber auch den Vorwurf der Würdelosigkeit sparen können. Jetzt hat das Kölnische Blatt nur zu sehr recht, wenn es Scheidemann „Parteireklame“ vorwirft. Die Art, wie sich Scheidemann gegen diesen Vorwurf zu verteidigen sucht, ist denn auch recht lendenlahm. Der „Vorwärts“ habe keine „ideelle Gemeinschaft“ mit der Regierung. Ach, der „Vorwärts“ in seiner gegenwärtigen Gestalt hat nicht nur eine ideelle, sondern auch eine ganz hervorragend materielle Gemeinschaft mit den regierenden Gewalten. Denn ohne diese Gemeinschaft hätte Scheidemann und seine Vorstandesgenossen nicht ihren Gewaltstreich auf das Blatt der Berliner ausüben können, ohne diese Gemeinschaft könnten jetzt eben dieser Scheidemann, dieser Stampfer usw. im Vorstandes-„Vorwärts“ nicht ihre neuesten Friedensoffenbarungen verzapfen. Nein, was die „Kölnische Zeitung“ Parteireklame nennt, ist leider für jeden, der die Entwicklung der Dinge verfolgt hat, nur zu handgreiflich vorhanden. Um die Gewerkschaftsmitglieder einzufangen, um die politisch weniger geschulten Arbeiter einzuseifen, um das schwindende Ansehen des Vorstandes und der Fraktionsmehrheit neu aufzuladieren, darum wird jetzt im Müller-„Vorwärts“ eine neue Friedenswalze aufgelegt.

Nun mögen einige Sanftmütige und Friedfertige sagen: Gut, zugegeben, daß Scheidemann und seine Gesinnungsgenossen die ganze, lange Kriegszeit hindurch eine unsozialistische Kriegspolitik eingeschlagen haben. Jetzt kommen sie aber zur Einsicht, jetzt wollen sie den Anforderungen einer sozialdemokratischen Friedenspolitik gerecht werden. Und wie im Himmel Freude ist über einen Sünder, der Buße tut, gegenüber 99 Gerechten, so sollen wir uns auch freuen, wenn sich die Scheidemänner wieder zu den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie bekehren. Diese versöhnliche Mahnung wäre nur dann berechtigt, wenn eine solche Befehung auch tatsächlich vorhanden wäre. Aber zu gleicher Zeit, in der Scheidemann seine Friedensschalmeien bläst, trampelt er mit seinen Vorstandsbrüdern rücksichtslos auf allen Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus herum. Der „Vorwärts“-Raub des Parteivorstandes, die fortgesetzte Verletzung des Parteistatutes, das bewußte Hinarbeiten auf eine Spaltung in der Partei durch Hinausdrängen der unbequemen Minderheit, — all das sind brutale Gewaltmittel, die neben dem demagogischen Friedensschwindel dazu dienen müssen, die in allen Zugen krachende Vorstandesherrlichkeit zu retten.

Darum, Parteigenossen: Reißt diesem Friedensengel Scheidemann den weißen Kittel vom Leibe und zeigt den weniger unterrichteten Arbeitern, was für eine Spottgeburt aus Pappe und Sägespänen darunter steckt. Sagt den Arbeitern, daß diese unehrlichen Friedensapostel im eigenen Hause rücksichtslose Gewaltmenschen sind, von denen der Sozialismus und die Arbeiterbewegung für die Zukunft gefäubert werden muß.

Vom Berliner Kriegsschauplatz.

Zu dem Kompagniegeschäft, das zwischen dem izeigen Müller-„Vorwärts“ und der F. K., der „Zackel“, der „Glocke“ usw. besteht, ist der F. K. die Rolle der alten Kehrrechtfrau zugefallen. Was dem „vornehmen“ Vorstandes-„Vorwärts“ zu genierlich ist, in seine Spalten aufzunehmen, muß die F. K. zusammenfegen und an die bürgerliche Presse und an die Parteiblätter in der Provinz verhöckern. So brachte die F. K. vor einigen Tagen unter obenstehender Spitzmarke folgenden Erguß:

„Nachdem die vielen Demonstrationen auf dem Potsdamer Platz gegen die Regierung kläglich verpufft sind, haben oppositionelle Kreise in der Partei die Parole ausgegeben, die eigenen Parteigenossen und die Parteiunternehmungen zum Ziel ihrer Angriffe zu machen. Das erfordert weniger Mut und man kann in der Regel daraus reimen, daß die Angegriffenen nicht flagbar werden. So erscheinen seit einigen Abenden eine oder mehrere Duzend Frauen im Vorwärts-Gebäude, um dort den verhassten Mehrheitsleuten einzubeizen. Gestern vergingen sie sich sogar tätlich und in recht brutaler Weise an einem einzelnen Genossen dort. Ihre Hintermänner treiben das alte feige und gefährliche Spiel, dessen Spitze sich sehr leicht auch gegen sie wenden kann.“

So wagen die Burischen zu schreiben, die zu allen Gewalttaten des Vorstandes gegen die Berliner Parteigenossen ihren Segen gegeben haben und zu immer neuen Brutalitäten aufputschen. Solche Leute haben wirklich ein Recht, sich über Vorgänge, die in der

leidenschaftlichen Erregung über fortgesetztes, mit zynischem Hohn gepaartes Unrecht ihre Wurzel haben, moralisch zu entrüsten. Wer mit den Mitteln brutaler Gewalt arbeitet, darf sich nicht wundern, wenn die Vergewaltigten sich dagegen auflehnen.

Wo war denn die moralische Entrüstung der J. A. und ihrer Hintermänner, als in jener Versammlung zu Frankfurt durch Gewerkschaftsbeamte und dergleichen gesittete Ehrenmänner in Gegenwart Philipp Scheidemanns einen wohl vorbereiteten Ueberfall auf die Vertreter der Minderheit machten, Parteigenossen zu Boden warfen und mit Knüppeln auf sie los schlugen? Da hat die ehrliche J. A. sein stillgeschwiegen. Wenn es aber gegen die Berliner Opposition geht, da nimmt sie ihr ungewaschenes Maul recht voll und auf ein paar Denunziationschen kommt es ihr dabei zwischendurch auch nicht an.

Der J. A. und ihren Hintermännern dürfte auch jener Vorfall auf der Reichskonferenz nicht unbekannt sein, wo einige hervorragende und hochgebildete Größen aus dem Mehrheitslager ihrer „guten Sache“ mit „schlagenden“ Gründen dienen wollten.

Es ist ein altes, beliebtes Spiel, über das „Niveau“ der Berliner zu zetern. Auch der Parteivorstand hat ja schon oft erklärt, daß besagtes „Niveau“ seiner Wohlansständigkeit auf die Nerven falle und daß er um dieses „Niveaus“ willen mit den Berliner Organisationen nicht mehr verhandeln könne. Die Herren sollten doch wissen, daß sie ihre Unbeliebtheit bei den Berlinern auf das eigene Schuldkonto zu setzen haben. Wären die Berliner von dem Parteivorstande behandelt worden, wie es Parteigenossen zukommt, so hätten sich die Propheten des „guten Tones“ ihr Lamento sparen können. So aber müssen sie sich die Wahrheit des Sprichwortes vom groben Klotz, auf den ein grober Keil gehört, schon gefallen lassen.

Oder ist das etwa ein höheres Niveau, wenn der Vorstandshausknecht Richard Fischer in einer Sitzung des Zentralvorstandes die Rockschöße auseinandernimmt und seinem Widersacher mit einer nicht mißzuverstehenden Gebärde seine hintere Körperhälfte präsentiert? Oder ist es den Vorstandsherren und der J. A. unbekannt, daß manche Leuchten der Mehrheitspolitik in Sitzungen der verschiedenen Körperschaften mit Ausdrücken wie Lump, Schuft, Idiot, Polizeispitzel usw. überaus freigebig sind? Und diese Herrschaften wollen sich dann als Hüter des guten Tones aufspielen!

Auf dem Wege zur Gesundung in Berlin.

Unter dieser Spitzmarke berichtet die berüchtigte J. A. von der Versammlung, die am 17. November von dem neuen Verein „Vorwärts“ im Leservereinshaus — den braven Kindern stehen auch solche, sonst so exklusive Lokale zur Verfügung — einberufen war. Hier hat Philipp Scheidemann vor einer auserlesenen Schar von Vorstandsfögängern, Gewerkschaftsbeamten und deren Angehörigen und engeren Gefolgschaft seine Seichtbenteleien über Krieg und Frieden zum besten gegeben. Die wirklichen Arbeiter mögen in dieser Zusammenkunft recht dünn gesät gewesen sein. Aber da man hier hübsch unter sich war, nahm die Versammlung natürlich einen „mustergültigen Verlauf“ und auch an dem „stürmischen Beifall“ hat es nicht gefehlt.

Zur „Gesundung in Berlin“ soll diese Veranstaltung mit ihrer Philippika beigetragen haben. Gesundung durch eine bewußt auf Spaltung hinarbeitende Sonderorganisation! Denn etwas anderes ist der neue Klub Eugen Ernsts nicht. Das beweisen nicht nur die Statuten des neuen Vereins, das be-

weist auch die Rede Scheidemanns, und wenn man zehnmal im Müller-„Vorwärts“ das ganze Tun und Treiben der Leseklubler als harmlos hinzustellen sucht. Leute, die früher nicht genug über Sonderbestrebungen zetern konnten, haben hier eine Sonderorganisation geschaffen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Dieses Sondergebilde hat den Zweck, den legal zustande gekommenen Beschlüssen der rechtmäßigen Parteiorganisation entgegenzuarbeiten. Man will aus dem Schiffbruch der Mehrheitspolitik retten, was noch zu retten ist, mag die Partei dabei in Trümmer gehen, weil man nicht mehr den ehrlichen Mut hat, sich vor das demokratische Tribunal der rechtmäßigen Parteiorganisation zu stellen. Vieber eine kleine Partei, aus der wir unsere Parteigegner herausgedrängt haben, in der wir aber noch die erste Geige spielen können, als eine große Bewegung, in der uns die große Welle des demokratischen Unwillens aus unseren schönen, warmen Plätzchen hinwegfegen wird, sagen sich die tonangebenden Les- und Diskutierklubler. Die braven Leutchen merken nicht, daß es sich bei dieser Art von „Gesundung“ nur um eine Kur à la Doktor Eisenbart handeln kann. Solange der Kriegs- und Belagerungszustand anhält, mögen sie mit solchen Mitteln „gesundet“ werden. Der Stunde der Abrechnung entgehen sie nicht, mögen sie noch der Gesamtpartei angehören oder mögen sie bis dahin eine eigene Partei für ihren Hausbedarf gebildet haben.

Pflicht der Berliner Parteigenossen ist es aber schon jetzt, der Klabe die Schelle anzuhängen und der Arbeiterschaft über die „gesunde“ Vereinsgründung eines Eugen Ernst die Augen zu öffnen.

*

Die Statuten der Sonderbündler.

Auch Statuten haben sich die Sonderbündler gegeben. Daß diese neue Organisation eine ausgesprochene Gegengründung gegen die nach dem Parteistatut bestehenden Wahlkreisorganisationen ist, geht aus dem Wortlaut derselben klar und deutlich hervor. Sie lauten:

„Vorwärts“

Les- und Diskutierklub für Groß-Berlin.

§ 1.

Der Verein bezweckt die systematische Propaganda für Erhaltung und Verbreitung des „Vorwärts“ sowie die Aufklärung seiner Mitglieder über wissenschaftliche und soziale Fragen und die Pflege der Solidarität.

§ 2.

Die Anmeldung zur Mitgliedschaft erfolgt beim Kassierer. Sie gilt als vollzogen, wenn der Vorstand keinen Einspruch erhebt. In diesem Falle entscheidet die Generalversammlung. Das Eintrittsgeld beträgt 10 Pf.

§ 3.

Als Beitrag wird pro Monat 20 Pf. erhoben. Krankheit und Arbeitslosigkeit befreien von der Beitragspflicht, doch muß dem Vorstand oder der Sektionsleitung dies nachgewiesen werden.

§ 4.

Das Recht der Mitgliedschaft geht verloren:

1. Wenn ein Mitglied über drei Monate mit seinem Beiträgen restiert und ihm keine Stundung gewährt ist;
2. wenn es Handlungen begeht, die gegen die Interessen oder Grundsätze des Vereins verstoßen.

Der Ausschluß erfolgt durch den Vorstand. Berufungsinstanz ist die Generalversammlung. Bis zu deren Entscheidung ruhen alle Rechte und Pflichten des Mitgliedes.

§ 5.

Der Verein hält nach Bedarf Versammlungen ab, zu denen Gäste durch Mitglieder eingeführt werden können.

§ 6.

Die Leitung des Vereins besteht aus: dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem 1. und 2. Schriftführer, dem 1. und 2. Kassierer, 10 Beisitzern und 3 Revisoren.

§ 7.

Im Oktober jeden Jahres findet eine Generalversammlung statt, in welcher der Vorstand den Rechenschaftsbericht zu geben hat und die Wahl des Vorstandes stattfindet.

Außerordentliche Generalversammlungen kann der Vorstand jederzeit einberufen; er hat die Pflicht dazu, wenn dies ein Drittel der Mitglieder verlangen.

§ 8.

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung mit zwei Drittelmehrheit beschlossen werden. Der Antrag muß aber vor der Versammlung zur Kenntnis der Mitglieder gelangen.

Geschäftsordnung.

1. Zur Erleichterung der geschäftlichen Angelegenheiten kann der Vorstand für einzelne Orte oder Stadtteile Sektionen errichten. Zur Leitung dieser Sektionen ernannt der Vorstand — auf Vorschlag der Mitglieder derselben — eine Geschäftsleitung, die in seinem Auftrag alle Vereinsangelegenheiten führt. Diese Sektionsleitungen kann der Vorstand zu Besprechungen einladen.
2. Sämtliche Bücher, Marken und dergleichen bleiben Eigentum des Gesamtvereins.
3. Die Sektionsleitungen haben Sorge zu tragen, daß die eingelassenen Gelder umgehend an den Hauptkassierer abgeliefert werden, bei dem auch alle Ausgaben liquidiert werden müssen.

Auslandsstimmen.

Die russische Parteipresse über den „Vorwärts“-Gewaltstreich.

Neußerungen der in Rußland erscheinenden Parteiorgane über die Vergewaltigung des „Vorwärts“ liegen zurzeit noch nicht vor. Sie dürften indessen von den Urteilen der im Auslande erscheinenden russischen Organe kaum abweichen, da diese wie jene im engen Kontakt miteinander stehen. Das in Paris erscheinende Tageblatt „Natschalo“, der Nachfolger des unterdrückten „Nashe Slowo“, das sich auch in den Kreisen der französischen Minderheit eines zunehmenden Einflusses erfreut, schreibt nach der Wiedergabe der Erklärung des Parteivorstandes vom 18. Oktober: „So schildert der Parteivorstand die schmachvolle Geschichte der Besitzergreifung des Organs der Opposition, entgegen dem Willen der Parteiorganisation...“

Der „Vorwärts“, der einmal, am 30. September 1914, um den Preis der erniedrigendsten Kapitulation... gerettet wurde, und der sich in der Folge, dank dem lebendigen, nicht erschlaffenden Geist der Massenbewegung in den Reihen der Berliner Arbeiter, aus dieser Erniedrigung erholt und der seine anfängliche Schuld durch seine mutige Haltung gutgemacht hat... — wird wiederum um den Preis einer noch größeren Erniedrigung „gerettet“.

Damals bei Beginn des Krieges rettete sich der „Vorwärts“ durch das Versprechen des politischen Selbstmordes; jetzt „rettet“ ihn der Parteivorstand durch seinen politischen Mord, durch einen Mord, als führendes Organ der Opposition, das die Ehre der deutschen Sozialdemokratie gerettet hatte.“

In ähnlichem Sinne wie das Pariser Organ äußert sich das in Zürich erscheinende Informationsorgan des ausländischen Sekretariats des sozialdemokratischen Organisationskomitees. Das Blatt knüpft

an die Worte Hochs in der Budgetkommission des Reichstags an, es sei ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Partei der Regierung jemals erlauben würde, auf die Zusammensetzung der „Vorwärts“-Redaktion einen Einfluß auszuüben. „Hoch sagte das“, fährt das Blatt fort, „ohne sich darüber Rechenschaft abzugeben, wie tief die „Mehrheit“ der Partei gesunken ist.“ Die Regierung habe in der Tat eine solche Forderung an den Parteivorstand nicht offen gestellt. Allein der Parteivorstand habe „unter Bruch des Parteistatuts und des Vertrags mit der alten Redaktion, unter Verletzung der elementarsten Forderungen der Demokratie die ganze Richtung des Blattes unter die Kontrolle seiner gesetzbeschlissenen Agenten gestellt...“

Entsprechend seiner schmachlichen Geburt, fährt das Blatt fort, ist auch die Haltung des neuen „Vorwärts“. In einer Woche hat er bereits den Ruford des Bediententums geschlagen. Als Beweis dafür verweist das Blatt auf die Neußerungen von Heinrich Schulz über die Vorzüge des neudeutschen „Parlamentarismus“ und auf die Artikel Stämpfers über Friedrich Adler.

„Die letzten Heldentaten des deutschen Parteivorstandes“, heißt es zum Schluß, „werden hoffentlich allen denen die Augen öffnen, die sich abmühen, einen Unterschied zu konstruieren zwischen dem heuchlerischen Sozialpatriotismus eines Scheidemann und dem zynischen Sozialimperialismus eines Lensch.“

Die Politik

Der preussischen Landtagsfraktion.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgegend nahm in seiner Sitzung vom 15. November Stellung zur Politik der preussischen Landtagsfraktion. Das Ergebnis der Aussprache ist in folgenden Sätzen niedergelegt:

„Angesichts des Zusammentritts des preussischen Landtages stellen die Groß-Berliner Verbandsorganisationen an die von diesen Wahlkreisen gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Forderungen:

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten haben eine entschiedene, den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie gerecht werdende Politik zu vertreten, wie sie im Parteiprogramm und in Parteitagsbeschlüssen unzweideutig festgelegt ist. Sie haben sich von jeder opportunistischen... Rechnungsträgererei fernzubalten und alle nationalistischen Bestrebungen zu bekämpfen.

Alle praktische parlamentarische Arbeit muß orientiert sein nach den Forderungen des...“

Die Abgeordneten müssen sich bewußt sein, daß ein entschiedenes und klares Eintreten für die Forderungen der Sozialdemokratie auch dem Wohle des ganzen Volkes und Vaterlandes am besten dient.

Daher verlangen die Berliner Wahlkreise von ihren Abgeordneten eine entschiedene Absage an jene Politik,.... Wenn die Berliner Landtagsabgeordneten auch fernerhin als Vertreter ihrer Wahlkreise angesehen sein wollen, haben sie nach den Grundsätzen des sozialdemokratischen Parteiprogramms und den Beschlüssen der deutschen und internationalen Parteifongresse zu verfahren.

Nur wenn diese Forderungen befolgt und bei der praktischen parlamentarischen Arbeit durchgeführt werden, können die Berliner Wahlkreise die Abgeordneten als ihre berufenen Vertreter und Vertrauensmänner betrachten.

Des weiteren verlangen die Berliner Verbandsorganisationen, daß sie in dem den Berlinern aufgezwungenen Kampfe um den „Vorwärts“ rückhaltlos und entschieden auf der Seite der Berliner Parteiorganisationen stehen und die Beschlüsse der Berliner Verbands-Generalversammlung vom 20. Oktober 1916 auch für sich verbindlich erachten.

Feierstunden der Arbeiter in ernster Zeit.

Unter diesem Motto will der Bezirks-Bildungs-Ausschuß Groß-Berlins die Berliner Parteigenossen und deren Angehörige wieder einmal zu einer Veranstaltung laden, die der geistigen und künstlerischen Erhebung und den großen Kulturzielen des Sozialismus gewidmet sein soll. Ueber die Notwendigkeit solcher Stunden der Erhebung braucht in dieser von innerem und äußeren Kampf zerrissenen Zeit, in der die Ereignisse sich in sinnverwirrender Hast überstürzen, kaum etwas gesagt werden. Daneben kann und soll in solche Stunden auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit Gleichgesinnter und Gleichstrebender gestärkt werden, was angesichts der Kampfstellung, in die die Berliner Genossen gedrängt worden sind, doppelt notwendig ist.

Die Veranstaltung findet am **Sonabend, den 2. Dezember**, abends 8¼ Uhr, im großen Saal der **Neuen Philharmonie**, Köpenickerstraße 96/97, statt. Sie wird bestehen aus einer Ansprache, aus dem Zwecke des Abends angepaßten Rezitationen, aus Musikvorträgen am Klavier, Violine und Violoncello, sowie aus Chören für Frauen- und Männerstimmen. Ein ausführliches Programm wird am Saaleingang verabsfolgt.

Die Eintrittskarte kostet 30 Pfennig; die Garderobegebühr ist auf 15 Pfennig vereinbart.

Alles Nähere werden die Genossen in den ihnen zugänglichen Parteiblättern finden.

Billetverkaufsstellen:

a) Berlin:

Restr. Paersch, NW. Oldenburgerstr. 10; Restr. Schade, N., Köplicherstr. 9; Wahlvereinsbüro VI. Kr., Gerichtsstr. 71; Restr. Bähr, N., Badstr. 44; Restr. Dobrosław, N., Swinemünderstr. 11; Restr. Dahms, N., Schlegelstr. 9; Vorwärts-Spd. Mars, Greifenhagenerstr. 22; Restr. Hochhaus, Schliemannstr. 39; Vorwärts-Sped. Zucht, Immanuelstr. 12; Zigarrengeschäft Weise, Georgenkirchstr. 61; Vorwärts-Sped. Hanisch, Alderstr. 174; Restr. Stein, An der Stralauerbrücke 3; Restr. Reuß, Bischofstr. 12; Restr. Weihnacht, Grünstr. 21; Wahlvereinsbüro IV. Kr., Stralauerplatz 10/11; Zigarrengeschäft Dietrich, Rominerstr. 46; Zigarrengeschäft Peters, Wilhelm Stolzestraße 6; Restr. Mix, Skalitzerstr. 59c; Zigarrengesch. Horisch, Engelufer 15; Restr. Felsmann, Draußenstr. 180; Zigarrengeschäft Baier, Schönleinstr. 23; Zigarrengeschäft Lazarus, Steinmetzstr. 60; Zigarrengeschäft Schröder, Hagelbergerstr. 53.

b) in den Vororten:

Steglitz-Friedenau: Fritz Hellmann, Steglitz, Schildhornstr. 86; Schöneberg: Vorwärts-Sped. Bäumler, Martin Lutherstr. 69; Charlottenburg: Silberbrandt, Wallstr. 23 (Konsumgeschäft); Neukölln: Büro des Wahlvereins, Neckarstr. 3; Treptow-Baumschulenberg: Restr. Scholze, Treptow, Grätzstr. 49; Lichtenberg: Büro des Kreiswahlvereins, Neue Bahnhofstraße 31; Oberschöneheid: W. Badelt, Edisonstr. 50 (Konsumgeschäft); Panfow: W. Graßmann, Kreuzstraße 14; Weissensee: Vorwärts-Sped. Kofkopf, Berliner Allee 11; Reinickendorf: Vorwärts-Sped. Gursch, Provinzstr. 56; Wilmerdsdorf: Konsumgeschäft, Wilhelmstraße 25; Tempelhof: Konsumgeschäft, Dorfstraße 21/22; Bohnsdorf: Otto Oppenborn, Paradiesstraße 7.

Ein Siebzigjähriger!

Am heutigen Tage vollendet Genosse Ferdinand Ewald sein 70. Lebensjahr. Ewald gehört zu den Genossen, die von der Pike auf der Partei gedient haben. Als Vergolder trat Ewald schon in jungen Jahren in die Bewegung und kämpfte mit Feuereifer für unsere Sache. Gewerkschaftlich wie politisch war Ewald gleichermaßen tätig. Und als mancher andere während der schwersten Zeit des Sozialistengesetzes beiseite trat, blieb Ewald unerschütterter auf dem Posten, keine Gefahr und keine Opfer scheuend, wenn es der Sache galt. Auch ihn traf für seine Tätigkeit die Ausweisungsordre, er mußte Berlin verlassen und nach auswärts gehen. Das focht alles unseren Veteran nicht an, er ging weiter auf dem von ihm für recht erkannten Wege. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes kehrte Ewald wieder nach Berlin zurück und widmete seine Kraft der Partei. In der Stadtverordnetenversammlung nahm unser Genosse sich der Interessen der arbeitenden Bevölkerung an und war hier besonders in der Armendirektion für die Armen tätig. Bei der letzten Reichstagswahl entsandte ihn der Reichstagswahlkreis Züterbog-Ludowalde in den Reichstag. In Ewald, der auch an der Wiege der Berliner Parteipresse gestanden hat, verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte. Hoffen wir, daß es unserem Berliner Parteiveteran vergönnt sein möge, auch fernerhin in der Nützigkeit, deren er sich heute erfreut, der Partei dienen zu können. In diesem Sinne beglückwünschen wir heute unseren Parteifreund und wünschen noch recht lange mit ihm den Kampf für unsere Sache, aber auch gegen eine Politik in der Partei zu führen, die uns auf den Weg des Abgrundes zu bringen geeignet ist.

Lebensmittelnachrichten.

Das Fett- und Kartoffelquantum bleibt auch für kommende Woche das Gleiche. Leider ist es für viele Hausfrauen mit großer Mühe verbunden, die ihnen zustehende Kartoffelmenge von 7 Pfund pro Woche und Kopf zu bekommen. Die Zufuhren von auswärts sind infolge des Frostes Ende voriger und Anfang dieser Woche eingestellt. Der Magistrat hat sich zwar vorsehen und einen größeren Vorrat von Kartoffeln eingekellert, aber alle diejenigen, die zentnerweise Kartoffeln bestellt haben, müssen sich gedulden, bis wieder frostfreie Tage eine größere Zufuhr von auswärts ermöglichen. —

Heringe, die wir schon eine ganze Zeit entbehren mußten — man erhielt nur noch Räucherheringe zu unerschämten hohen Preisen — sollen durch Kleinhändler an die Einwohner Berlins abgegeben werden.

Die Preisfestsetzung für diese Heringe ist wohl kompliziert und läßt der Uebervorteilung Tür und Tor offen. Der Grund der Festsetzung verschiedener Preise liegt darin, daß die Heringe von verschiedener Größe und Sorte sind. Abgegeben werden holländische Nordseeheringe und norwegische Fetheringe und zwar durch Kleinhändler. Es ist unerfindlich, warum der Magistrat die

Heringe nicht direkt verkaufen läßt, sondern erst auf dem Umwege über Kleinhändler, bei denen niemand kontrollieren kann, wo die Ware bleibt. Der Preis für holländische Nordseeheringe beträgt für ein Stück 28 Pf., für 2 Stück 55 Pf. Die Preise für Fettheringe schwanken. Gehen 8—10 Stück auf ein Kilogramm, so kostet das halbe Kilogramm, also ein Pfund, 1,30 Mk. Wiegen 10—20 Stück ein Kilogramm, beträgt der Preis für das Pfund 1,20 Mk., bei 20—25 Stück 1,10 Mk. das Pfund, bei 30—40 Stück, die ein Kilogramm wiegen, kostet das Pfund 1 Mk. Man sieht, die Berechnung ist recht kompliziert. Abgegeben werden die Heringe nur an Leute, welche die Ausweisarte für den städtischen Lebensmittelkauf vorzeigen. Auf diese Karte kann man im ganzen Monat höchstens zwei holländische Heringe oder, wer Fettheringe ersteht, nur $\frac{1}{2}$ Pfund erstehen. Beide Heringsorten zugleich können nicht bezogen werden. Die Abgabe der Heringe wird auf der Rückseite der Karte vermerkt.

Wer ein Krankenhaus aufsuchen muß, muß seine Karten mitnehmen und im Krankenhaus bei der Aufnahme abgeben.

Für den Bezug von Vollmilch werden erneut Kundenlisten aufgelegt. Die Anmeldung zu diesen Kundenlisten muß in der kommenden Woche erfolgen und zwar in der Zeit vom 26. November bis 29. November, also bis Mittwoch. Natürlich kann die Eintragung nur auf Grund der Milchkarte geschehen. Auf den Anmeldeabschnitt schreibe jeder genau Namen und Wohnung auf. Die neuen Kundenlisten treten am 18. Dezember in Kraft.

Der Höchstpreis für Salz ist im Kleinhandel für ein Pfund auf 14 Pfennig festgesetzt. Die neue Preisfestsetzung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Die Fleischmenge von 250 Gramm pro Woche und Kopf ist nur mühsam aufrecht zu erhalten. In Vororten, die vom Kreise Niederbarnim und Teltow-Beestow versorgt werden, werden vielfach nur noch 200 Gramm Fleisch gegeben.

Zeitungs-Abonnement erneuern!

Um dem Parteivorstand auf den von ihm vorgenommenen Vorwärtsraub die entsprechende Antwort zu erteilen, haben viel Tausende von Parteigenossen die Bezahlung der Abonnementsgelder für den „Vorwärts“ verweigert und sich einem anderen Parteiblatt, der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Braunschweiger Volksfreund“ zugewendet. Die Leser dieser Blätter werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in diesen Tagen ihr Abonnement bei der Post für den nächsten Monat erneuern müssen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Diese Erneuerung muß sofort erfolgen. Auch diejenigen Genossen, welche erst mit Beginn des neuen Monats andere Parteiblätter abonnieren wollen, tun gut, sofort bei der zuständigen Postanstalt das Abonnement aufzugeben. Die „Leipziger Volkszeitung“ kostet monatlich 1 Mk. 14 Pfennig mit Bestellgeld.

Arbeiterbildungsschule.

Dienstag, den 28. November, findet der sechste Vortrag im Kursus des Genossen Ernst Däumig: „Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt. Behandelt wird an diesem Abend: Die Revolutionierung des Wirtschaftslebens durch die Maschine — Die Wirkung der kapitalistischen Entwicklung auf das Proletariat — Frauen- und Kinderarbeit — Arbeitslosigkeit — Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten.

Sonnabend, den 2. Dezember. Sechster Vortragsabend im Kursus des Genossen Eduard Bernsteins: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Vorabend des Weltkrieges“. Zur Behandlung kommt das Thema: Die Fragen der Handels- und Weltpolitik, die Stellung zum Militarismus und Marinismus.

Die Handelspolitik auf dem Stuttgarter Parteitag (1898) und die Weltpolitik auf dem Mainzer Parteitag (1900). Die Verteidiger von Schützöllen und Kolonialunternehmungen: Calwer, Schippel, Hildebrand, die Sozialistischen Monatshefte. — Die Sozialdemokratie und der Imperialismus (Chemnitz 1912). Der Fall Hildebrand auf dem Chemnitzer Parteitag. — Die Beschlüsse der Parteitage über Militarismus und Marinismus (Hamburg 1897, Stuttgart 1898). Die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrvorlage 1913.

Sonntag, den 3. Dezember. Zweiter Vortrag des Genossen Leo Keßtenberg in der musikalischen Vortragsreihe: Uebungen im Musikhören. Behandelt wird an diesem Abend: Musikalische „Formen“ — Das Wesen der einfachen und zusammengesetzten Form — Motto — Periode — Thema.

Mit Beispielen am Klavier.

Die Vorträge der Kurse beginnen um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, die Sonntagsvorträge um 8 Uhr abends. Alle Vorträge finden im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt.

Der Eintrittspreis für die musikalischen Sonntagsvorträge beträgt 20 Pf. Die Bibliothek der Schule ist außer Sonntags an den Vortragsabenden und außerdem Donnerstags abends von 8 Uhr an geöffnet.

Aus den Organisationen.

Wilmerzdorf. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet am Montag, den 27. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schilling, Lauenburgerstr. 21, statt. Tagesordnung: Bericht über die Stadtverordnetenwahlen. — Vortrag.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 26. November, vormittags 9 Uhr, Pappel Allee 15/17; Neukölln, „Idealkasino“, Idealpassage; Ober-Schöneweide, Clarastr. 2, Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr Kleine Frankfurterstraße 6, Vortrag von Herrn Dr. B. Wille „Zum Totenfest“. Nachm. 4 Uhr in der Halle Pappel Allee 15/17 Vortrag von Herrn Adolf Hoffmann „Mahnung der Toten“. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radf.-Verein „Groß-Berlin“.

Sonntag, den 26. November, um 5 Uhr, und Sonntag, den 3. Dezember, um 7 Uhr, Kino-Vorträge in der Sternwarte Treptow.

Leserabende.

Zweiter Wahlkreis: Montag, den 27. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr in folgenden Lokalen: W i e m e r s, Bülowstr. 58. — B o r g f e l d, Friesenstr. 4. — F r ä l i c h, Blücherstr. 56, Ecke Fontanepromenade. — S ö h r i s c h, Puttkamerstr. 9. —

Der Gerichtsvollzieher bei Vorwärtsredakteuren.

Aus Lindenstraße 3 ist zu vermelden, daß Richard Fischer, der Hausknecht des Parteivorstandes, den drei „Vorwärts“-Redakteuren Leid, Ströbel und Stadthagen den Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt hat. Das Schreiben — ein Dokument der Schande — das der unerbetene Besucher unseren Genossen überbrachte, ist wert, der Mit- und Nachwelt erhalten zu werden. Es lautet:

Begl. Abschrift.

76. G. 344. 16.

Beschluß.

In Sachen der offenen Handelsgesellschaft Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Berlin, Friedrichstr. 48,

Antragstellerin,

gegen

1. den Redakteur Carl Leid, Berlin, Pankestraße 57,
2. den Redakteur Heinrich Ströbel, Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 98,
3. den Redakteur Arthur Stadthagen, Berlin, Schöneberger Ufer 18,

Antragsgegner,

wird gemäß §§ 940/942 C.P.O. im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet:

1. den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 500 Mk. für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterjagt, die Redaktionsräume des Vorwärts zu betreten,
2. die Antragstellerin hat die Antragsgegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung bis einschließlich den 28. November 1916 vor das Gericht der Hauptsache zu laden.
3. Der Streitwert wird auf 2000 Mk. festgesetzt.

Berlin, den 15. November 1916.
Königliches Amtsgericht Berlin-Mitte
Abteilung 76
gez. Günther.

Ausgefertigt
(L. S.)

Kopfn.

Gerichtsschreiber.

Beglaubigt zwecks Zustellung.
Berlin, den 16. November 1916.
Der Rechtsanwalt
Dr. Heinemann.

Die Räume des „Vorwärts“ sollen nach dieser Verfügung unsere Genossen nicht mehr betreten, in denen sie mehr als 15 Jahre ihre Parteipflicht erfüllt haben. Und das mag ein Richard Fischer zu erwirken. Der selber nichts anderes ist als ein Angestellter des den Berliner Genossen gehörigen Druckereiuunternehmens, der Druckerei des „Vorwärts“. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, wie so etwas überhaupt möglich ist. Aber diese Leute haben die Stirn, gegen Treu und Glauben fortgesetzt zu handeln. Werden alle Genossen die nötige Lehre aus diesem Vorgang ziehen oder werden sie tatenlos beiseite stehen?

Nachruf!

Als 4. Opfer des Weltkrieges fiel unser Kollege,
der Präfer

Hugo Arendt.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Kollegen der A. G. Brunnenstr.
Abt. Mstr. Brause.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 9. November verstarb unser Genosse, der
Schneider

Emil Mißler, Reichenbergerstr. 144.

Am 20. November verstarb unser Genosse, der
Konditor

Willy Jakoby, Landsberger Allee 44.

Ehre ihrem Andenken!

6. Wahlkreis.

Am Freitag, den 10. November, verstarb unser
Genosse, der Schmied

Karl Fischer, Rostockerstr. 23.

Ehre seinem Andenken!

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Das Mitglied

Heinrich Reimann

Alte Jakobstraße 67, 10. Abteilung,
ist an einer Verwundung, die er bei Verdun erhalten
hat, gestorben.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am 7. November verstarb an den Folgen des
Krieges der Maler

Rudolf Tiehr

Pettenkofersstraße 37, Bezirk 368 II.

Am 1. August fiel im Alter von 34 Jahren der
Klempner

Carl Bude

Reichenbergerstraße 167, Bezirk 205.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am 12. Oktober fiel der 26 jährige Arbeiter

Arthur Steckel

Gogtowskystr. 16, 13. Abt., Bezirk 683.

Am 25. Juli fiel der 39 jährige Kutscher

Ernst Schmidt

Angermünderstr. 3, 1. Abt., Bezirk 483.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am 19. Juli fiel im Felde der Metallarbeiter

Paul Czelski

Weißstraße 5, 22. Bezirk.

Am 15. November starb im Lazarett der Tischler

Hans Wermke

Nogatstraße 15, 15. Bezirk.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.**

Ehre ihrem Andenken!